

Auch der DGB sagt ab

KONFLIKT Kein Interesse an offenem Dialog um verkaufsoffene Sonntage

Von Rüdiger Lutterbach

BAD KREUZNACH. Die Fronten im Streit um die verkaufsoffenen Sonntage in Bad Kreuznach verhärten sich. Im September hatte Heiderose Häusermann als Leiterin des städtischen Amtes für Recht und Ordnung alle Beteiligten für den 28. November zu einem „offenen Dialog und einer

Grenzen für mögliche Ausnahmen zieht“.

Demnach sei die Ladenöffnung an einem Sonntag nur dann verfassungsrechtlich gerechtfertigt, wenn „ein hinreichender Sachgrund besteht“. Das Umsatzinteresse der Händler und das Shopping-Interesse der Kunden allein genügen hierfür nicht. Angeht diese „höchstrichterli-

ge gegen die Genehmigung des diesjährigen Mantelsonntags verzichtet habe, bedeute keineswegs, dass man sie als rechtens betrachte. Künftig werde man solche verkaufsoffenen Sonntage nicht mehr akzeptieren, sollten sie nicht den klar definierten Kriterien für eine Ausnahmegenehmigung entsprechen.

– Anzeige –

Oberbürgermeisterin strebt „breiten Konsens“ an

Dr. Heike Kaster-Meurer findet es „bedauerlich“, dass KAB und DGB den Termin abgesagt haben. „Es gibt aus meiner Sicht keine Gründe, kein Gespräch zu führen“, sagte die Oberbürgermeisterin gegenüber unserer Zeitung. Sie hätte es für sinnvoll gefunden, gemeinsam darüber zu diskutieren, was das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts nun konkret für Bad Kreuznach bedeuten könnte. „Es geht uns doch darum, einen breiten Konsens zu finden. Aber dafür muss man auch miteinander sprechen“. Die OB ist noch immer zuversichtlich, bei der Anzahl der verkaufsoffenen Sonntage eine Lösung zu finden, mit der am Ende alle Parteien leben können: „Der Kompromiss zwischen null und vier liegt nicht bei null und nicht bei vier.“ Bislang lägen seitens der beiden Werbegemeinschaften Pro City und Meine Stadt Bad Kreuznach noch keine Anträge für das neue Jahr vor.

möglichst einvernehmlichen Planung der verkaufsoffenen Sonntage für das Jahr 2018“ eingeladen. Nach der Katholischen Arbeitnehmerbewegung (KAB) hat nun auch der Kreisvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) die Teilnahme an diesem Gespräch abgesagt.

chen“ Vorgaben sieht der DGB keine Notwendigkeit, mit der Stadt zu verhandeln. Daher die Absage des Termins am 28. November.

Stattdessen fordert DGB-Gewerkschaftssekretärin Rita Schmitt in einem Schreiben an Heiderose Häußermann die Stadtverwaltung unmissverständlich dazu auf, geltendes Recht umzusetzen, eingehende Anträge auf verkaufsoffene

DGB sieht keinen Verhandlungsspielraum

Der DGB begründet seine Haltung damit, man sehe „keinen Verhandlungsspielraum“. Man sei sich mit den Partnern in der lokalen Allianz für den freien Sonntag, der Arbeitsgemeinschaft Christliche Kirchen (ACK) und der KAB, sowie mit der ebenfalls involvierten Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft Verdi einig darüber, „dass es zum einen in aller Interesse ist, jeden freien Sonntag zu verteidigen, zum anderen, dass es seit Jahren eine klare und jüngst durch das Bundesverwaltungsgericht erneut bestätigte Rechtslage gibt, die enge



Der Kompromiss zwischen null und vier liegt nicht bei null und nicht bei vier.

Dr. Heike Kaster Meurer,
Oberbürgermeisterin

Sonntage entsprechend der höchstrichterlichen Vorgaben zu prüfen und – falls erforderlich – eben auch abzulehnen, „damit der verfassungsunmittelbare Sonntagsschutz auch in Bad Kreuznach garantiert wird“. Dass man auf eine Kla-

Trotz der Absage von KAB und DGB will die Stadt an dem Gesprächstermin am 28. November festhalten. Ergebnisse und Erkenntnisse sollen dann im neuen Jahr im Hauptausschuss thematisiert werden. Kaster-Meurer: „Dann werden wir sehen, wie es weitergeht“.